

**Geschäftsstelle :**

Ev. Familienbildung, Darmstädter Landstr. 81, 60598 Frankfurt
Telefon 069 / 605004-0, Fax 069 605004-22,
Email: ahf-geschaefsstelle@familienbildung-ffm.de

Herrn
Ministerpräsident Koch
Hessische Staatskanzlei
Luisenstr.13

65185 Wiesbaden

2. Oktober 2003

**offener Brief: Familie und Bildung – Hessen auf dem Abstiegsplatz
- Orte für Familien auf der Streichliste -**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,
sehr geehrter Frau Ministerin Lautenschläger,

die trägerübergreifende Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Familienbildungsstätten (AHF) hat die Sparbeschlüsse mit Empörung und absolutem Unverständnis entgegengenommen.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Familienbildungsstätten ist die komplette Streichung des gesamten Fachfeldes der Familienbildung politisch nicht nachvollziehbar. Den sozialen Kahlschlag in den Regionen durch die komplette Streichung der Landeszuschüsse für ganze Aufgabenfelder verurteilen wir auf das Schärfste.

Wer heute die Elternbildung und Elternberatung streicht, darf morgen über mangelnde Erziehungskompetenz und Elternverantwortung nicht klagen.

Ohne Eltern als Bündnispartner sind weder die gesteckten Bildungsziele für die nachfolgende Generation zu erreichen, noch bleibt Hessen ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort.

Erst im Mai diesen Jahres hat die Jugendministerkonferenz in Ihrem Beschluss zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern die Eltern- und Familienbildung als wesentliches Element zeitgerechter Bildungskonzepte hervorgehoben und mit Nachdruck eine Stärkung dieser präventiven Arbeit eingefordert. Neue Handlungsfelder und Zielgruppen wurden aufgezeigt.

Hessen – ebenfalls an diesem Jugendministerbeschluss beteiligt – unterläuft mit der kompletten Streichung der Landeszuschüsse für Familienbildung die eigenen Beschlüsse.

Mit diesem radikalen Verzicht auf Prävention in einem wirksamen Schlüsselfeld werden Problemlagen verschärft und ein fortschreitendes Bildungs- und Sozialgefälle mit weitreichenden Folgen in Kauf genommen.

Von Familien werden Bildungs- und Erziehungsleistungen erwartet. Der gesellschaftliche Nutzwert wird erwartet und eingesetzt. Ihre Lasten werden mit diesem Sparpaket weiter privatisiert. Damit wird ein Prozess der Entsolidarisierung eingeleitet.

Wir halten es für einen Trugschluss, der Bildungsmisere allein durch Verbesserungen im Bereich der öffentlichen Erziehung und Bildung begegnen zu wollen. Vielmehr bedarf es einer starken Erziehungspartnerschaft zwischen privater und öffentlicher Erziehung.

Wer Bildung für Kinder von 0 bis 6 Jahren verbessern will, braucht die Eltern als Bündnispartner und kann auf eine Stärkung der Erziehungskompetenz nicht verzichten.

Diese ist, wie die Jugendministerkonferenz feststellte, heute jedoch nicht mehr aus sich heraus vorhanden.

Familien möchten nicht mit plakativen Kampagnen oder punktuellen Projekten abgespeist werden. Es reicht nicht, wenn Sie alljährlich auf dem Hessischen Familientag die Bedeutung der Familie betonen.

Familien brauchen dauerhaft verlässliche Orte der Begegnung und Bildung, wo soziale Netzwerke aufgebaut und bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. Eltern brauchen fachkompetente Anlaufstellen, die ihnen alltagsnah konkrete Unterstützung in ihren vielfältigen Familien- und Erziehungsfragen bieten und ihnen einen Kompetenzzuwachs ermöglichen, der den Kindern und dem Familienzusammenhalt zu Gute kommt.

Seit über 50 Jahren hat das Land Familienbildungsstätten in Hessen verlässlich gefördert.

Familien haben gemäß Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) §16 einen Rechtsanspruch, dass Sie Unterstützung durch Familienbildungsarbeit erhalten. Dies geschah auf der Basis der hessischen Ausführungsbestimmungen zum KJHG §22 durch Familienbildungsstätten. Über 200.000 Teilnehmende, Frauen, Männer und Kinder konnten sich bisher auf das Angebot der 38 hessischen Familienbildungsstätten verlassen. Es ist fraglich, wie viele Familienbildungsstätten ihre Arbeit noch fortsetzen können. Klar ist, dass ganze Angebotsfelder so nicht mehr vorgehalten werden können. Insbesondere bislang subventionierte Kernangebote der Förderung zur Erziehungsfähigkeit und Elternkompetenz stehen auf dem Prüfstand und bisherige Vernetzungsleistungen mit anderen Diensten wie Schuldner- und Erziehungsberatung sind gefährdet.

Jetzt wird in Hessen die Erziehungskraft der Eltern eingefordert, ohne ihnen entsprechende Rahmenbedingungen zu geben.

Das Fachpersonal von Kindertagesstätten und Schulen soll Elternarbeit leisten, ohne dass sie unterstützende Rahmenbedingungen durch fachkompetente Einrichtungen in der Elternbildung erhalten.

Hessen - bisher Vorreiter wenn es um die Weiterentwicklung der Familienbildungsansätze und die Implementierung von Qualitätsentwicklung in diesem Fachfeld ging - entzieht nun der örtliche Jugendhilfe den Boden zur Aufrechterhaltung präventiver Hilfen und reduziert seine familienpolitische Verantwortung in einem Maße, das der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Familien Hohn spricht und die vielfältigen Bedarfslagen von Familien ignoriert.

Mit dem Rückzug aus der familienpolitischen Verantwortung verliert die Landesregierung an politischer Glaubwürdigkeit und zerstört ein tragfähiges Handlungsfeld zur Erreichung ihres politischen Ziels: ein familienfreundliches Hessen und Bildungsland Nummer 1.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie gegenüber den Familien hierzu Stellung beziehen:

Wir erwarten außerdem, dass Sie Familienbildungsarbeit wieder in die zu fördernden Maßnahmen aufnehmen und die Streichung zu 100% zurücknehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Mechthild Nauck
AHF-Federführung

Barbara Stillger
AHF-Federführung